Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2024/2116(INI)

12.3.2025

ENTWURF EINES BERICHTS

über Erleichterungen bei der Finanzierung von Investitionen und Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Union und die Schaffung einer Kapitalmarktunion (Draghi-Bericht)
(2024/2116(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatterin: Aurore Lalucq

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

BEGRÜNDUNG.....8

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE BERICHTERSTATTERIN BEITRÄGE ERHALTEN HAT 10

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu Erleichterungen bei der Finanzierung von Investitionen und Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Union und zur Schaffung einer Kapitalmarktunion (Draghi-Bericht)
(2024/2116(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Veröffentlichung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom 18. Juli 2024 mit dem Titel „Europa hat die Wahl – politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029“,

– unter Hinweis auf den Bericht von Mario Draghi vom 9. September 2024 mit dem Titel „The future of European competitiveness“ (Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit) (Draghi-Bericht),

– unter Hinweis auf den Bericht von Enrico Letta vom 17. April 2024 mit dem Titel „Much more than a market“ (Viel mehr als ein Markt) (Letta-Bericht),

– unter Hinweis auf den Bericht von Christian Noyer vom 25. April 2024 mit dem Titel „Developing European capital markets to finance the future“ (Entwicklung der europäischen Kapitalmärkte zur Finanzierung der Zukunft),

– unter Hinweis auf das Schreiben von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an den Europäischen Rat zu Verteidigung im Vorfeld seiner Tagung am 6. März 2025,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 6. März 2025 zur europäischen Verteidigung,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Euro-Gruppe im inklusiven Format vom 11. März 2024 zur Zukunft der Kapitalmarktunion,

– unter Hinweis auf den übergeordneten Fahrplan vom Mai 2024 für Folgemaßnahmen zur Erklärung der Euro-Gruppe im inklusiven Format zur Zukunft der Kapitalmarktunion,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 17. und 18. April 2024,

– unter Hinweis auf die Erklärung der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung vom 25. April 2024 mit dem Titel „How European insurers and pension funds can contribute to further strengthen the Capital Markets Union“ (Wie können europäische Versicherer und Pensionsfonds zur weiteren Stärkung der Kapitalmarktunion beitragen?),

– unter Hinweis auf das Positionspapier der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) vom Mai 2024 mit dem Titel „Building more effective and attractive capital markets in the EU“ (Schaffung wirksamerer und attraktiverer Kapitalmärkte in der EU),

– unter Hinweis auf die Erklärung des Rates der Europäischen Zentralbank vom 7. März 2024 zur Förderung der Kapitalmarktunion,

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. Oktober 2020 zu der Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger[1],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Juli 2015 zu der Schaffung einer Kapitalmarktunion[2],

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Haushaltsausschusses,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0000/2025),

A. in der Erwägung, dass im Draghi-Bericht festgestellt wurde, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und die ökologischen und sozialen Ziele der EU zu verwirklichen;

B. in der Erwägung, dass der Plan „ReArm Europe“ aus fünf Säulen besteht, die auf die Finanzierung der Sicherheit und Verteidigung Europas abzielen und sowohl öffentliche Investitionen als auch die Spar- und Investitionsunion umfassen;

C. in der Erwägung, dass der private Sektor in der Vergangenheit in Europa etwa vier Fünftel der produktiven Investitionen beigetragen hat, wobei der Rest vom öffentlichen Sektor beigetragen wurde[3];

D. in der Erwägung, dass sich dem Draghi-Bericht zufolge die Ersparnisse der Haushalte in der EU im Jahr 2022 auf 1 390 Mrd. EUR beliefen, während es in den USA 840 Mrd. EUR waren;

E. in der Erwägung, dass die Haushalte in der EU 14,79 % ihres verfügbaren Einkommens gespart haben und die Bürgerinnen und Bürger der EU 31,01 % ihrer Ersparnisse (11,63 Billionen EUR) in Form von Bargeld und Einlagen hielten, die begrenzte Renditen bieten; in der Erwägung, dass 36 % (13,42 Billionen EUR) in Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfondsanteilen und 27 % (10,06 Billionen EUR) in Versicherungs-, Alterssicherungs- und Standardgarantie-Systemen angelegt waren[4];

F. in der Erwägung, dass dem Draghi-Bericht zufolge zwischen 2008 und 2021 fast 30 % der „Einhörner“, d. h. Start-up-Unternehmen, die in der Folge einen Wert von mehr als

[1] ABl. C 395 vom 29.9.2021, S. 89.
[2] ABl. C 265 vom 11.8.2017, S. 76.
[3] Draghi, The future of European competitiveness Part A | A competitiveness strategy for Europe (Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Teil A – Eine Wettbewerbsfähigkeitsstrategie für Europa), 2024.
[4] Eurostat, Finanzielle Ströme und Bestände, 2023 https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/NASA_10_F_BS__custom_13650774/default/table?lang=de.

1 Mrd. USD erreichten, ihren Hauptsitz ins Ausland verlagert haben, hauptsächlich in die USA;

G. in der Erwägung, dass sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2021 in der EU auf 2,1 % des BIP, in den USA jedoch auf 3,5 % und in China auf 2,4 % beliefen, während in der Lissabon-Strategie von 2000 ein Ausgabenziel von 3 % für Forschung und Entwicklung festgelegt wurde;

Entwicklung einer gemeinsamen Vision für die Produktivität Europas und die Notwendigkeit nachhaltigen Wachstums

1. fordert eine allgemeine Mobilisierung aller Finanzmittel und verfügbaren Instrumente, um in einem Umfeld geopolitischer Instabilität und internationaler Spannungen die Sicherheit und die industrielle und technologische Souveränität der EU zu stärken, den grünen Wandel zu unterstützen, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zur sozialen Aufwärtskonvergenz beizutragen;

2. begrüßt die erneute Debatte über die Notwendigkeit, die Produktivität der EU wiederherzustellen, die durch den Draghi- und den Letta-Bericht verstärkt wurde;

3. sieht diese Berichte als Weckruf für europäische und nationale Entscheidungsträger sowie als Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Förderung sowohl privater als auch öffentlicher Investitionen;

4. bedauert, dass viele Unternehmer mit Sitz in der EU einen Umzug für notwendig erachten, um leichter Zugang zu Finanzmitteln und Ressourcen zu erhalten; bedauert, dass sie sich an Risikokapitalgeber außerhalb der EU wenden und auf ausländischen Märkten expandieren;

5. betont, dass öffentliche Mittel gezielt dafür verwendet werden sollten, die Nachhaltigkeit und Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen sicherzustellen und gleichzeitig private Investitionen in innovative und saubere Industrien unter genau festgelegten Bedingungen zu mobilisieren;

Mobilisierung privater Investitionen und Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln

6. ist der Ansicht, dass die Attraktivität der EU-Kapitalmärkte durch eine weitere Integration des Binnenmarkts und die Schaffung wirtschaftlicher Chancen für private Investitionen, die höhere Renditen ermöglichen würden, gesteigert wird; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Lösungen – sowohl legislativer als auch nichtlegislativer Art – zu entwickeln, um die Schaffung eines EU-weiten Kapitalmarkts zu unterstützen, der über eine ausreichende Größe, Liquidität, Tiefe und Transparenz verfügt, um Anleger sowohl mit Sitz in der EU als auch in Drittstaaten anzuziehen;

7. befürwortet die Integration institutioneller Rahmen und Marktstrukturen; wiederholt seine Forderung, der ESMA direkte Aufsichtsbefugnisse über europaweite Marktinfrastrukturen zu übertragen;

8. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Vorschläge zu erarbeiten, um Clearing-Tätigkeiten auf angemessene Weise in die EU zurückzuholen;

9. stellt fest, dass eine Straffung von Verwaltungsverfahren die Attraktivität der EU als Investitionsziel erhöhen kann; ist der Ansicht, dass eine Angleichung der Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten ein Teil der Vereinfachungsagenda im Hinblick auf die Erleichterung grenzüberschreitender Tätigkeiten sein sollte; fordert die Kommission auf, verstärkt von Verordnungen statt von Richtlinien Gebrauch zu machen und so den einzelstaatlichen Ermessensspielraum einzuschränken, der zu Fragmentierung führen könnte;

10. setzt sich weiterhin für die Ziele des Rahmens für ein nachhaltiges Finanzwesen ein, um Investitionen in die Energiewende zu mobilisieren;

11. ist der Ansicht, dass innovative Unternehmen von einem einheitlichen EU-weiten Regelwerk profitieren können; verweist in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa, mit dem ein einheitliches Regelwerk zur Berechnung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlagen von Unternehmen eingeführt wird;

12. fordert die Kommission auf, Vorschläge dazu auszuarbeiten, wie Instrumente geschaffen werden können, mit denen die Ersparnisse von Haushalten in produktive Investitionen geleitet werden können; fordert die Kommission auf, die Idee der Schaffung eines EU-Anlagekontos oder eines Gütesiegels auf EU-Ebene für einfache Anlageprodukte, die für Kleinanleger geeignet sind, auf der Grundlage gemeinsamer Kriterien oder Merkmale wie Produktvereinfachung, niedrige Kosten, Portfoliostrukturierung und Risikominderungstechniken zu prüfen; fordert die Kommission insbesondere auf, die Wirksamkeit eines Gütesiegels für Anlagen, die nachhaltig sind und sich in der EU befinden, zu prüfen;

13. erwartet von der Kommission, dass sie wachsende Start-up-Unternehmen und Unternehmen anregt, in der EU zu expandieren und an die Börse zu gehen; fordert daher, dass in die zukünftige Start-up- und Scale-up-Strategie der EU ein Kapitel über Finanzierung aufgenommen wird, das darauf abzielt, die Verlagerung dieser Unternehmen in Drittländer zu verhindern;

14. fordert die Kommission auf, einer Agenda für die Kapitalmarktunion Vorrang einzuräumen, durch die die Finanzstabilität aufrechterhalten, der Zugang zu Risikokapital und Beteiligungsinvestitionen begünstigt und die übermäßige Abhängigkeit von Bankkrediten verringert wird;

Aufrechterhaltung öffentlicher Investitionen, um die Produktivitätslücke zu schließen

15. ist der Ansicht, dass die Dringlichkeit von Maßnahmen im Bereich Verteidigung und Dekarbonisierung bedeutet, dass eine erhebliche öffentliche Unterstützung erforderlich sein wird, um private Investitionen zu mobilisieren;

16. befürchtet, dass die öffentlichen Investitionen nach 2026, wenn die Aufbau- und Resilienzfazilität planmäßig ausläuft, einbrechen werden;

17. weist darauf hin, dass von europäischen Emittenten wie der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und seit 1976 von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

und dann der EU selbst sichere Anlagen auf EU-Ebene begeben wurden[5]; weist darauf hin, dass der Aufbaufonds NextGenerationEU das größte Konjunkturpaket ist, das jemals von der EU finanziert wurde, um die wirtschaftliche Erholung und den ökologischen und den digitalen Wandel zu unterstützen;

18. teilt die Einschätzung, dass die Emission einer gemeinsamen sicheren Anlage, die als starker Referenzwert dienen soll, die Verwirklichung der Kapitalmarktunion erheblich erleichtern und auf den im Draghi-Bericht ermittelten Investitionsbedarf eingehen würde; empfiehlt der Kommission, die Merkmale von auf EU-Ebene emittierten sicheren Anlagen zu bewerten und einen Bericht zu veröffentlichen, der als Grundlage für die künftige Gestaltung einer sicheren Anlage der EU dienen soll;

19. ist der Ansicht, dass ein erhöhter Verteidigungsbedarf aufgrund geopolitischer Spannungen eine sofortige Mobilisierung finanzieller Unterstützung erfordert; begrüßt den anstehenden Vorschlag der Kommission für ein neues Finanzierungsinstrument in Höhe von bis zu 150 Mrd. EUR, um die Verteidigungsfähigkeiten der EU im Rahmen des Plans „ReArm Europa“ zu stärken; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, auch im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ein spezielles Instrument einzurichten;

20. fordert die Europäische Investitionsbank-Gruppe auf, ihre Darlehenspolitik anzupassen, um Investitionen mit höherem Risiko stärker zu unterstützen, vor allem Investitionen in innovative Unternehmen und Projekte, die den ökologischen Wandel fördern;

21. fordert die Kommission auf, eine Stelle für Wirtschaftsinformationen einzurichten, um den Bedarf der europäischen Industrie, Engpässe und Marktchancen zu ermitteln und Empfehlungen, auch zur Finanzierung, zu erarbeiten, um diese Herausforderungen aus EU-Perspektive anzugehen;

°

° °

22. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

[5] Finanzvorstand des Europäischen Stabilitätsmechanismus, „Developing European safe assets“ (Entwicklung sicherer europäischer Anlagen), *Intereconomics*, Dezember 2023, https://www.esm.europa.eu/articles-and-op-eds/developing-european-safe-assets-article-intereconomics.

BEGRÜNDUNG

Europa steht vor zwei existenziellen Bedrohungen: Die erste Bedrohung, die in mehreren Berichten wie denen von Enrico Letta und Mario Draghi gut dokumentiert ist, ist die Gefahr eines wirtschaftlichen und industriellen Niedergangs, der dazu führt, dass die Europäischen Union allmählich von der wirtschaftlichen und geopolitischen Weltbühne verschwindet. Die zweite Bedrohung, die durch die Invasion der Ukraine durch Russland, die Rückkehr des Krieges auf dem europäischen Kontinent und die strategische Neuausrichtung der Vereinigten Staaten brutal verdeutlicht wurde, ist das Unvermögen der Europäischen Union, ihre eigene strategische Autonomie und Verteidigung sicherzustellen und sich vor zunehmend direkten Bedrohungen auf ihrem Hoheitsgebiet zu schützen. Diese doppelte Krise ist nicht weniger als ein beispielloser Test für die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, gemeinsam in die Zukunft und das Überleben der EU zu investieren. Deshalb muss die Europäische Union jetzt nach Wegen suchen, wie Haushaltsspielräume wiederhergestellt und privates Kapital mobilisiert werden können, um nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch und vielleicht vor allem auf europäischer Ebene zu investieren. Die EU muss einen Weg finden, ihre Verteidigungskapazitäten zu finanzieren, ohne ihre Fähigkeit zu beeinträchtigen, in die grüne und nachhaltige Reindustrialisierung, in saubere Technologien und europäische digitale Unternehmen zu investieren und sich durch Investitionen in Bildung und Forschung auf die Zukunft vorzubereiten. Im jüngsten Draghi-Bericht wurde ein jährlicher Mindestbedarf an zusätzlichen Investitionen in Höhe von 750 bis 800 Mrd. EUR ermittelt, um die Produktivität der EU wiederherzustellen und ihre ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen. Die derzeitige Investitionslandschaft in der EU ist jedoch fragmentiert und weist erhebliche Unterschiede beim Zugang zu privaten Finanzmitteln auf, insbesondere für innovative und wachstumsstarke Unternehmen. Einer der Gründe dafür, dass die Europäische Union gegenüber ihren chinesischen und amerikanischen Wettbewerbern zurückbleibt, ist die Schwierigkeit ihrer Unternehmen, Finanzmittel zu erhalten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, deren Wachstum Expansion erfordert. Einfach gesagt beschweren sich die Unternehmen heute über die mangelnde langfristige Nachfrage und fordern von den Behörden Regulierungsstabilität, Schnelligkeit und Reaktionsfähigkeit, um sie vor unlauterer Handelskonkurrenz zu schützen, sowie langfristige Verträge, auch durch die Vergabe öffentlicher Aufträge. Europa hat viele Stärken. Es ist nach wie vor eine der attraktivsten Wirtschaftszonen für Investitionen, da es über innovative Unternehmen und hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügt. Man könnte jedoch argumentieren, dass Europa unter seinen Verhältnissen lebt, da es sich bisher nicht mit den Instrumenten und Mechanismen ausgestattet hat, die erforderlich sind, um im Einklang mit seinen Ambitionen wachsen zu können. Die Bewältigung dieser doppelten Krise wird daher von seiner Fähigkeit abhängen, diese Instrumente zu schaffen. In dieser Hinsicht stellen die europäischen Ersparnisse erhebliche finanzielle Mittel dar, die Europa nicht ignorieren kann und darf. Dies ist umso wichtiger, als mit den Ersparnissen der europäischen Bürgerinnen und Bürger häufig ausländische, insbesondere amerikanische, Fonds finanziert werden, die dann in Europa reinvestieren und europäische Unternehmen erwerben. Die Mobilisierung der Ersparnisse der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist daher eine Frage der politischen, wirtschaftlichen und strategischen Souveränität und wird von entscheidender Bedeutung sein, um die industrielle Kluft zu anderen großen Volkswirtschaften zu überbrücken. Die Mobilisierung privater Finanzmittel allein wird jedoch nicht ausreichen, um alle Herausforderungen anzugehen, die die EU bewältigen muss. Es werden auch erhebliche öffentliche Investitionen erforderlich sein, insbesondere in Bereichen mit hohem Risiko wie Verteidigung und Dekarbonisierung. Dieser Berichtsentwurf enthält eine Reihe von Maßnahmen zur

Bewältigung dieser Herausforderungen, zur Schaffung eines stärker integrierten und effizienteren Kapitalmarkts in der EU und zur Ermittlung der Rolle des öffentlichen Sektors bei der Mobilisierung von Investitionen.

Stärkung der Kapitalmarktunion: Die stärkere Mobilisierung privater Finanzmittel erfordert verschiedene Schritte. In dem Bericht wird eine Beschleunigung der Agenda für die Kapitalmarktunion gefordert, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital und Beteiligungsfinanzierung, insbesondere für innovative Unternehmen, liegen sollte. Ferner wird betont, dass die Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten stärker harmonisiert werden müssen, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern und Fragmentierung zu verringern. Es wird darauf bestanden, Fortschritte im Hinblick auf eine stärkere Harmonisierung der Aufsicht und direkte Aufsichtsbefugnisse der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) über europaweite Marktinfrastrukturen zu erzielen. In dem Bericht wird betont, wie wichtig es ist, wirtschaftliche Chancen für private Investitionen zu schaffen, indem wettbewerbsfähige Renditen angeboten werden. Es wird nachdrücklich darauf bestanden, dass die Ersparnisse der privaten Haushalte in produktive Investitionen gelenkt werden müssen, und die Schaffung eines EU-Anlagekontos oder eines Gütesiegels für Basis- und einfache Anlageprodukte, die für Kleinanleger geeignet sind, wird geprüft. Dies würde dazu beitragen, die Ersparnisse der privaten Haushalte in produktive Investitionen zu lenken, insbesondere in nachhaltige und innovative Sektoren.

Eine entscheidende Rolle für öffentliche Investitionen: In dem Bericht wird anerkannt, dass eine erhebliche Unterstützung durch den öffentlichen Sektor erforderlich ist, um private Investitionen zu mobilisieren, insbesondere in Bereichen mit hohem Risiko wie Verteidigung und Dekarbonisierung. Es wird gefordert, ein spezielles Instrument im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) einzurichten, um dem erhöhten Verteidigungsbedarf gerecht zu werden, und empfohlen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) ihre Darlehenspolitik anpasst, um risikoreichere Investitionen zu unterstützen. Ferner wird hervorgehoben, dass die Emission einer gemeinsamen sicheren Anlage auf EU-Ebene wichtig ist, um die Verwirklichung der Kapitalmarktunion zu erleichtern und den im Draghi-Bericht ermittelten Investitionsbedarf zu decken. Die Kommission wird aufgefordert, die verschiedenen Merkmale sicherer Anlagen zu bewerten und einen Bericht über ihre gemeinsamen Merkmale zu veröffentlichen. Schließlich wird in dem Bericht die Einrichtung einer europäischen Stelle für Wirtschaftsinformationen vorgeschlagen, die dazu beitragen würde, den Bedarf der Industrie mit Finanzinstrumenten zu verknüpfen. Die Berichterstatterin fordert alle Interessenträger und Mitgesetzgeber auf, bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zusammenzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die EU gut aufgestellt ist, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE BERICHTERSTATTERIN BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt die Berichterstatterin, dass sie bei der Vorbereitung des Entwurfs eines Berichts Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

Einrichtung und/oder Person
Professor Mario Draghi, author of the report “The future of European competitiveness”
Enrico Letta, author of the report “Much More Than A Market”
Christian Noyer, author of the report “Developing European capital markets to finance the future”
European Investment Bank Group, President
European Central Bank, Division EU Institutions and Fora
European Securities and Markets Authority
European Stability Mechanism
Finance Watch
Bureau Européen des Unions de Consommateurs Union Fédérale des Consommateurs - Que Choisir
European Federation of Investors and Financial Services Users (Better Finance)
Association of European Long-Term Investors
Fairshare Educational Foundation (ShareAction); Third Generation Environmentalism Ltd; WWF European Policy Programme
Reclaim Finance
Euronext
Euroclear
Deutsche Börse Group
InvestEurope
Blume Equity
Assicurazioni Generali S.p.A
Association for Financial Markets in Europe
Mouvement des Entreprises de France
European Sustainable Investment Forum
Digital Europe
CleanTech Europe
Verkor
European Trade Union Confederation
Deutscher Gewerkschaftsbund
Austrian Federal Chamber of Labour
Centre for European Policy Studies

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung der Berichterstatterin erstellt.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt die Berichterstatterin, dass sie den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments

(https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.